



STELLUNGNAHME

VORSCHLÄGE FÜR EINEN STANDPUNKT DER S&D ZU DEN LÄNDERN DES WESTLICHEN BALKANS UND IHRER EUROPÄISCHEN PERSPEKTIVE

*EUROPA IN DER WELT: DER FÖRDERUNG VON
SOLIDARITÄT, FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND
GLEICHHEIT IN DER WELT*

EU-Erweiterung

Datum: 04/02/2015



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu



INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	3
1 Wie kann man sicherstellen, dass die EU trotz Junckers ablehnender Erklärung weiterhin eine aktive Erweiterungspolitik verfolgt?	5
1.1 Daher sollte die S&D	5
2 Wie kann man den Reformschwung in den westlichen Balkanstaaten aufrechterhalten?	7
2.1 Daher sollte die S&D	8
3 Wie sollen wir unseren Wählern erklären, warum die Erweiterungspolitik fortgesetzt werden soll?	9
3.1 Daher sollte die S&D	10
4 Wie kann man die regionale Zusammenarbeit in den westlichen Balkanstaaten stärken?	10
4.1 Daher sollte die S&D	11
5 Wie lässt sich unser Engagement für die Erweiterung innerhalb der SPE-Familie einheitlicher und somit glaubwürdiger gestalten?	11
5.1 Daher sollte die S&D	13

EINFÜHRUNG

Auf ihrem Gipfeltreffen in Thessaloniki im Juni 2003 versprachen die Staats- und Regierungschefs der EU den Ländern des westlichen Balkans eine „europäische Perspektive“ und erklärten eindeutig, "die Zukunft der Balkanstaaten liegt innerhalb der Europäischen Union".

Die EU braucht eine aktive Erweiterungsstrategie, die dafür sorgt, dass sich die Erweiterungsstaaten weiterhin stark engagieren, und die den Beitrittsprozess in den westlichen Balkanstaaten fördert und stärkt, insbesondere wenn sie ihren Einfluss auf den Prozess der Demokratisierung und Stabilisierung erhalten will. Russland und die Türkei spielen bereits eine gewisse Rolle in der Region, eine Sorge, die von Partnern der S&D in den westlichen Balkanstaaten regelmäßig betont wird, insbesondere in Serbien, Bosnien und Herzegowina und im Kosovo. Dies erfordert jedoch Maßnahmen, die die Regierungen und Gesellschaften der westlichen Balkanstaaten vom politischen und wirtschaftlichen Nutzen der europäischen Integration überzeugen. Gleichzeitig werden diese Maßnahmen, wie im Bericht der ehemaligen S&D-Europaabgeordneten Maria Eleni Koppavon 2012 über die Erweiterung hervorgehoben wird, dazu beitragen müssen, nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für den EU-Beitritt zu schaffen.

Die jüngsten öffentlichen Stellungnahmen Jean-Claude Junckers zum Erweiterungsprozess, denen zufolge es „in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben“ werde, waren insofern problematisch, als sie in der öffentlichen Meinung in den westlichen Balkanstaaten trotz der beruhigenden Erklärungen sowohl der Hohen Vertreterin Mogherini als auch des Kommissars Hahn Unbehagen hervorriefen. Die Gründe für Junckers Erklärungen sind in der viel zitierten allgemeinen „Erweiterungsmüdigkeit“ und in der derzeitigen populistischen Stimmung zu finden, die Erweiterung mit zunehmender Migration und Unsicherheit assoziiert. Obwohl Junckers jüngste Erklärung, , eindeutig direkt an die EU-Bürger gerichtet ist, hat sie auch unbestreitbare externe Folgen: Politik, besonders auf europäische Reformen orientierte Kräfte, und Gesellschaft in den westlichen Balkanstaaten sind alarmiert über die Auswirkungen einer solchen Erklärung auf die bisher engagierte Erweiterungspolitik der EU.

Sowohl Kommissar Hahn als auch die Hohe Vertreterin Mogherini haben versucht, einen beruhigenden Ton zu finden, wobei Mogherini suggerierte, die kommenden fünf



VORSCHLÄGE FÜR EINEN STANDPUNKT DER S&D ZU DEN LÄNDERN DES WESTLICHEN BALKANS UND IHRER EUROPÄISCHEN PERSPEKTIVE

Jahre könnten genutzt werden, um die westlichen Balkanstaaten für einen nächsten Schritt im Jahr 2020 bereit zu machen. Dem designierten Kommission Hahn ist es jedoch in seiner Anhörung durch das Europäische Parlament am 30. August 2014 nicht gelungen, die Frage der S&D-Fraktion zu beantworten, was mit jenen Ländern wie Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (ejRM), Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo geschehen werde, die noch nicht einmal Beitrittsverhandlungen begonnen haben. Wäre nach Junckers Erklärung und unter der Voraussetzung, dass sie die geforderten Kriterien erfüllen, die Europäische Kommission bereit, vor 2020 Beitrittsverhandlungen mit den Ländern des westlichen Balkans zu eröffnen, oder ist dies von vornherein ausgeschlossen worden?

Eine Fortsetzung laufender Beitrittsverhandlungen ohne Eröffnung zusätzlicher Verhandlungen während der nächsten fünf Jahre birgt eindeutig das Risiko, die westlichen Balkanstaaten noch weiter zu spalten. Die Länder würden geteilt in diejenigen, die bereits Beitrittsverhandlungen begonnen haben, und diejenigen, die zurückgesetzt werden und unabhängig von ihren Reformanstrengungen mindestens fünf Jahre warten müssten, ehe sie das gleiche Stadium des EU-Beitrittsprozesses erreichen.

Im letzten Jahrzehnt hat die Kommission auf die zunehmend skeptische Haltung der EU- Mitgliedstaaten und ihrer Bürger im Hinblick auf eine weitere Erweiterung damit reagiert, dass sie den Beitrittsprozess immer komplexer und dadurch auch inkohärenter und unklarer gemacht hat. Infolgedessen wurde das Engagement der EU für einen EU-Beitritt der westlichen Balkanstaaten in den Ländern selbst umso mehr in Frage gestellt, je detaillierter die Beitrittskriterien wurden (Benchmarking, Schlüsselprioritäten usw.).

Allerdings ist es ebenso entscheidend, dass die westlichen Balkanstaaten die Reformen wie im Heranführungs- und Beitrittsprozess vereinbart vollständig umsetzen, ihre Hausaufgaben machen, um auf dem Weg zum EU-Beitritt voranzukommen, und bereit sind, zum Zeitpunkt des Beitritts angemessen zu handeln und Leistung zu erbringen.

Die Erweiterungspolitik der EU ist gefangen in einem ständigen Balanceakt zwischen einem umfassenden technischen Prozess und politischen Erwägungen über das Maß, bis zu dem der Beitrittsprozess instrumentalisiert werden kann und soll, um europäische Reformen und reformorientierte politische Kräfte in den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern zu unterstützen.

Die langjährigen Anstrengungen der EU für dauerhafte Stabilität in den westlichen Balkanstaaten sollten nicht aufs Spiel gesetzt werden. Der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität erfordert ein unabhängiges und effektives Justizwesen sowie gut funktionierende Mechanismen für regionale Zusammenarbeit. Trotz drängender wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen, z. B. hoher Arbeitslosenquoten und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, müssen die Förderung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der demokratischen Institutionen ebenfalls fortgesetzt werden, auch im Bereich der Medienfreiheit und Medientransparenz. Die politische Stabilität steht auf dem Spiel. Dies wird deutlich am andauernden politischen Stillstand in Bosnien und Herzegowina, der im Februar 2014 zu sozialen Unruhen führte, an zunehmenden ethnischen Spannungen in der eJRM und an wachsenden nationalistischen Tendenzen in mehreren Ländern des westlichen Balkans.

1 WIE KANN MAN SICHERSTELLEN, DASS DIE EU TROTZ JUNCKERS ABLEHNENDER ERKLÄRUNG WEITERHIN EINE AKTIVE ERWEITERUNGSPOLITIK VERFOLGT?

Wenn die Europäische Kommission davon abrückt, die Erweiterung generell zu fördern, lässt sich dies als populistische Konzession an große Teile der Öffentlichkeit in den EU- Mitgliedstaaten deuten. Wenn sich das Augenmerk der Kommission auf die bereits laufenden Beitrittsverhandlungen beschränkt, dann muss die S&D sicherstellen, dass die Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer, die ihre Verhandlungen noch nicht begonnen haben, nicht den Anschluss verpassen.

Eine erfolgreiche EU-Erweiterungspolitik erfordert zwar strikte Beitrittskriterien und leicht überprüfbare Meilensteine (sog. benchmarks) für Fortschritte, sie erfordert aber auch, dass die Europäische Kommission bei der Gestaltung des Beitrittsprozesses eine aktive Rolle spielt.

1.1 Daher sollte die S&D

1. eine Klarstellung der Haltung der nächsten Kommission zur Erweiterung fordern, insbesondere mit Blick auf Staaten wie Albanien (erlangte im Juni 2014 Kandidatenstatus) und die ejRM (die Kommission empfiehlt seit 2009 jährlich die Eröffnung von Verhandlungen), aber auch Bosnien und Herzegowina (SAA wegen fehlender Umsetzung des EGMR-Urteils im Fall Sejdi -Finci nicht in Kraft) und das Kosovo (SAA im Mai 2014 eingeleitet, einziges Balkanland ohne Visaliberalisierung);
2. Junckers Erklärung im Sinne des Verständnisses der Hohen Vertreterin Mogherini umdeuten, d. h. dafür sorgen, dass während der nächsten fünf Jahre die westlichen Balkanstaaten für den nächsten großen Schritt 2020 bereit werden, und betonen, dass die Europäische Kommission sie aktiv ermutigen sollte, die notwendigen Reformen zu verabschieden und umzusetzen;
3. die neue Kommission auffordern, die Initiativen von Kommissar Füle aus der Vergangenheit zur Schaffung von Foren für Dialog und Reform fortzuführen (z. B. den im Juni 2011 eingeleiteten Strukturierten Dialog über die Justiz in Bosnien und Herzegowina, den 2012 eingeleiteten Hochrangigen Beitrittsdialog in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (ejRM), den Strukturierten Dialog über Rechtsstaatlichkeit im Kosovo seit Mai 2012, den im November 2013 mit Albanien eingeleiteten Hochrangigen Dialog über die wichtigsten Prioritäten usw.);
4. darauf beharren, dass Fortschritte auf gerechte Weise und durch transparente Verfahren gemessen werden müssen;
5. eine Fortsetzung des Ansatzes befürworten, die Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) in einem frühen Stadium des Beitrittsprozesses zu eröffnen und sie zuletzt abzuschließen; die Eröffnung bestimmter weiterer Kapitel von Benchmarks in den Kapiteln 23 und 24 abhängig machen;
6. die Vorteile der Erweiterung in den Erweiterungsländern und den derzeitigen Mitgliedstaaten besser kommunizieren und die anderen EU-Institutionen dazu auffordern, dies ebenfalls zu tun.

2 WIE KANN MAN DEN REFORMSCHWUNG IN DEN WESTLICHEN BALKANSTAATEN AUFRECHTERHALTEN?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU hat auch die westlichen Balkanstaaten hart getroffen, da ihre Wirtschaften mit denen der EU-Mitgliedstaaten eng verwoben sind. Denn die EU ist für die westlichen Balkanstaaten mit über zwei Dritteln ihres gesamten Handels der größte Handelspartner.

Wirtschaftlicher Wohlstand ist für langfristige Stabilität und Demokratie in der Region von entscheidender Bedeutung. Allerdings hat die schwierige Wirtschaftslage in den westlichen Balkanstaaten die Fähigkeit dieser Staaten zur Umsetzung ehrgeiziger wirtschaftlicher und auch politischer Reformen sichtbar verringert. Wirtschaftliche Rezession und schwindender Wille zur Durchführung politischer Reformen machen es wiederum schwieriger, die Beitrittskriterien der EU zu erfüllen. Daher ist es wichtig, einem ernstzunehmenden Rückgang des Reformschwungs vorzubeugen und dem entgegenzuwirken, was Kommissar Füle bei seiner Vorstellung der Fortschrittsberichte von 2014 am 8. Oktober als „Beitrittsmüdigkeit“ beschrieb.

Die westlichen Balkanstaaten werden zusätzliche Unterstützung benötigen, um den Reformschwung über die kommenden fünf Jahre aufrechtzuerhalten. Es sind nicht die EU- Beitrittskriterien, die dazu beitragen, eine politische Kultur zu verändern, in der politische Kompromisse als negativ gelten, die Führerschaft starker Männer bevorzugt wird und parlamentarische Boykotte ein beliebter Schachzug von Oppositionsparteien sind. Der neue Kommissar für Erweiterung wird im Heranführungs- und Beitrittsprozess Meilensteine festlegen müssen, die die Regierungen motivieren, ihre ehrgeizigen Reformpakete weiterzuverfolgen und ihr Ziel – die EU-Mitgliedschaft – nicht aus den Augen zu verlieren.

Je weniger die EU-Erweiterungspolitik von einem greifbaren und unmittelbar bevorstehenden Beitritt angetrieben wird, umso mehr muss sie darin investieren, Reformprozesse auf dem Weg zum Beitritt aktiv zu unterstützen, damit der Schwung nicht verloren geht. Die europäische Integration der westlichen Balkanstaaten wird nur dann erfolgreich sein, wenn der EU-Beitritt und die damit zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Reformen von den Bürgern als politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt wahrgenommen werden und somit ihre Unterstützung erhalten.

2.1 Daher sollte die S&D

1. den Rat auffordern, eindeutig zu bekräftigen, dass die Beitrittsperspektive real und möglich ist, solange die Beitrittskandidaten ihre eigenen Zusagen einhalten;
2. die Kommission auffordern, im Heranführungs- und Beitrittsprozess Meilensteine festzulegen, die die Sichtbarkeit des Erweiterungsprozesses für die Bürger der betroffenen Länder vergrößern (vgl. die positive Wirkung der Visaliberalisierung 2009– 2010 auf den Reformschwung);
3. der Kommission nahelegen, weniger Prioritäten/ Schlüsselprioritäten festzulegen und für diese aktuell wichtigsten Prioritäten gezieltere Unterstützung zu leisten, die zusammen mit den nationalen Regierungen und der Zivilgesellschaft festgelegt werden sollte, damit der Reformprozess deutlicher in ihrer Hand liegt (Stichwort ownership);
4. der in den westlichen Balkanstaaten weit verbreiteten Wahrnehmung entgegenwirken, dass die Schwelle für einen EU-Beitritt immer höher wird aufgrund einer uneingestandenen mangelnden Bereitschaft der EU, neue Mitglieder aufzunehmen,;
5. betonen, dass ein Land nur dann in der Lage ist, uneingeschränkt Nutzen aus einem EU-Beitritt zu ziehen, wenn es wirklich darauf vorbereitet ist, Mitglied des immer komplexeren politischen und wirtschaftlichen Systems der EU zu sein (vgl. in letzter Zeit den Fortschritt bei der wirtschaftlichen Integration und das Augenmerk der Erweiterungsstrategie von 2013 auf wirtschaftspolitische Regierungsführung im Erweiterungsprozess);
6. auf die soziale Dimension der Erweiterung dringen und versichern, dass die Fraktion weiter für höhere soziale Standards und menschenwürdige Arbeit in den Kandidatenländern arbeiten wird;
7. auf der Nachhaltigkeit von Reformen auf legislativer Ebene bestehen und eine kontinuierliche Überwachung ihrer Umsetzung fordern.

3 WIE SOLLEN WIR UNSEREN WÄHLERN ERKLÄREN, WARUM DIE ERWEITERUNGSPOLITIK FORTGESETZT WERDEN SOLL?

Im Eurobarometer von 2012 fand sich zum ersten Mal die Angabe, dass sich eine Mehrheit der EU-Bürger gegen eine weitere Erweiterung der EU ausspricht. Deutschland (20 % dafür) übernimmt die Führung der Länder, in denen eine Mehrheit der Bürger gegen eine weitere Erweiterung eingestellt ist, während Polen (62 % dafür) Spitzenreiter derjenigen ist, in denen sich eine Mehrheit für eine weitere Erweiterung ausspricht.

In vielen EU-Mitgliedstaaten sind die Gründe, die allgemein für die sogenannte Erweiterungsmüdigkeit angeführt werden, folgende: Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens sei nicht ausreichend vorbereitet worden. Es gebe eine Wahrnehmung zunehmender Schwierigkeiten innerhalb der EU, die politische und wirtschaftliche Integration fortzusetzen.

Die weit verbreitete „Erweiterungsmüdigkeit“ kann jedoch nicht richtig gedeutet werden, ohne die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und den zunehmenden Trend zur Renationalisierung in mehreren EU-Mitgliedstaaten zu berücksichtigen.

Dagegen ging vom EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 ein positives und ermutigendes Signal an die benachbarten westlichen Balkanstaaten aus. Kroatien und Slowenien befürworten weiterhin sowohl eine fortschreitende EU-Erweiterung um die Region als auch weitergehende europäische Reformen in ihren Nachbarländern. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt ist nach wie vor der wirksamste Anreiz für umfassende politische und wirtschaftliche Reformen. Diese Reformen sind notwendig, um das außenpolitische Ziel der EU zu erreichen, Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in den Ländern des westlichen Balkans fest zu verankern.

In Anbetracht der Bedeutung der westlichen Balkanstaaten für die Grundlagen der Außenpolitik der EU ist eine Absage der EU an die Erweiterungsperspektive für die verbleibenden westlichen Balkanstaaten schlichtweg keine Option. Die EU kann aus ihrer Verantwortung für ihre unmittelbaren europäischen Nachbarn nicht aussteigen. Ihre Erweiterungspolitik muss der Geschichte ethnischer Spannungen auf dem

Westbalkan und den laufenden Anstrengungen, gutnachbarliche Beziehungen in der Region zu stärken, Rechnung tragen.

3.1 Daher sollte die S&D

1. den konkreten Nutzen der Beitrittsperspektive für die westlichen Balkanstaaten betonen (z. B. Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft der EU, Perspektiven einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Rechtsstaatlichkeit und Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Korruption, illegale Einwanderung) und nicht nur gebetsmühlenartig an ein 2003 auf dem Gipfeltreffen von Thessaloniki abgegebenes Beitrittsversprechen erinnern;
2. bei den weitgehend skeptischen EU-Bürgern das Bewusstsein schärfen für den detaillierten und komplexen Beitrittsprozess, der auf festgelegten Kriterien (den Kopenhagener Kriterien), einer detaillierten Methodik, einer akribischen Überprüfung des geltenden Rechts und einer ständigen Überwachung und Evaluierung der Reformanstrengungen beruht;
3. regelmäßig an öffentlichen Diskussionen und Gesprächen über die Erweiterung – Erweiterungspolitik, Erweiterungsaussichten, Erweiterungsprozess – teilnehmen, um die Debatte über Erweiterung heute (und nicht erst später anlässlich des tatsächlichen EU-Beitritts der westlichen Balkanstaaten) aktiver zu steuern.

4 WIE KANN MAN DIE REGIONALE ZUSAMMENARBEIT IN DEN WESTLICHEN BALKANSTAATEN STÄRKEN?

Junckers Politik birgt eindeutig das Risiko, die westlichen Balkanstaaten in zwei Gruppen zu spalten: diejenigen, die bereits auf dem Weg zu Beitrittsverhandlungen sind, und diejenigen, die aufgrund Junckers restriktiver Haltung zur Erweiterungspolitik womöglich sogar noch länger auf den Beginn ihrer Beitrittsverhandlungen warten müssen.

Es reicht jedoch nicht, die westlichen Balkanstaaten einzeln auf den EU-Beitritt vorzubereiten. Als künftige EU-Mitglieder werden sie innerhalb und außerhalb der EU-Institutionen tagtäglich miteinander kooperieren müssen. Gutnachbarschaftliche Beziehungen sind der Eckpfeiler der europäischen Integration. Die Erweiterungspolitik

der EU sowie die Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer können daher von einer immer stärkeren Ausrichtung auf regionale Zusammenarbeit nur profitieren.

4.1 Daher sollte die S&D

1. eine aktivere Vermittlungsrolle der EU bei Konflikten zwischen Beitrittskandidaten oder zwischen einem Beitrittskandidaten und einem derzeitigen Mitgliedstaat fordern; wenn dies nicht möglich ist, die Konfliktparteien dazu ermutigen, ihre Streitigkeiten über eine Mediations- oder Schlichtungsmethode ihrer Wahl beizulegen;
2. die Hohe Vertreterin darin unterstützen, die Gespräche von Belgrad und Prishtinë/Priština auf höchster politischer Ebene wiederaufzunehmen, um Politiker beider Länder für Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo zur Verantwortung zu ziehen;
3. maximale Unterstützung der EU für regionale Initiativen wie den Regionalen Kooperationsrat usw. einfordern;
4. Initiativen wie die Westbalkankonferenz, die am 28. August 2014 in Berlin stattfand und auf der unter anderem die regionale Integration erörtert wurde, unterstützen (die nächste Westbalkankonferenz wird in Österreich stattfinden, der neue Kommission für Erweiterung kommt aus Österreich);
5. die SPE (und S&D) Balkan Leaders' Conference aktiv nutzen, um die Notwendigkeit von mehr und besserer regionaler Zusammenarbeit in den westlichen Balkanstaaten hervorzuheben;
6. nichtstaatliche Organisationen, die sich für Versöhnung und Dialog zwischen Menschen aus Konfliktregionen bzw. -ländern einsetzen, unterstützen und für ihre Unterstützung werben.

5 WIE LÄSST SICH UNSER ENGAGEMENT FÜR DIE ERWEITERUNG INNERHALB DER SPE-FAMILIE EINHEITLICHER UND SOMIT GLAUBWÜRDIGER GESTALTEN?

Bei seiner Vorstellung der Fortschrittsberichte 2014 im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments kündigte Kommissar Füle an, dieses Jahr werde das Augenmerk der EU-Erweiterungspolitik auf der Stärkung der demokratischen Institutionen liegen. Ebenso nahm er Bezug auf die Wichtigkeit „eines



VORSCHLÄGE FÜR EINEN STANDPUNKT DER S&D ZU DEN LÄNDERN DES WESTLICHEN BALKANS UND IHRER EUROPÄISCHEN PERSPEKTIVE

konstruktiven und nachhaltigen Dialogs über das gesamte politische Spektrum hinweg“.

Betrachtet man die schwierigen Beziehungen zwischen Parteien an der Macht und Oppositionsparteien in mehreren Ländern der Region des Westlichen Balkans, wird offenkundig, dass ein echter Wandel des politischen Klimas vonnöten ist. Sowohl in der ejRM als auch in Albanien boykottierte 2014 die Opposition das Parlament. In der ejRM ist es die S&D-Schwesterpartei SDSM, die das Parlament blockiert, in Albanien die Demokratische Partei (PD).

Der EU-Beitritt kann nicht als rein technischer Prozess gesehen werden, der allein von der Europäischen Kommission und den einschlägigen staatlichen Stellen durchgeführt wird.

Tatsächlich ist der Beitritt zur EU die Verwirklichung eines langfristigen politischen Ziels. Er ist der Schlusspunkt eines umfassenden politischen Prozesses und gleichzeitig der Beginn eines noch weitaus komplexeren Prozesses, in dem die westlichen Balkanstaaten zum nach wie vor andauernden Integrationsprozess zwischen 28 und mehr EU-Mitgliedstaaten beitragen werden.

Bei der europäischen Integration der westlichen Balkanstaaten geht es darum, diese Länder fest unter den europäischen Ländern zu verankern, die die Werte und gemeinsamen Ziele, die in den Artikeln 2, 3 und 4 EUV zum Ausdruck kommen, mittragen. Die europäische Integration sollte zu politischem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt führen und sollte ihren Ausdruck im Willen der Regierenden finden, daran mitzuwirken, das politische Integrationsvorhaben der EU voranzutreiben, wirtschaftlichen Wohlstand und Solidarität mit Nachbarländern zu teilen und auf der internationalen Bühne gemeinsam mit einer Stimme zu sprechen.

Dies sind wichtige Aufgaben für alle politischen Parteien, die sich für europäische Reformen, EU-Beitritt und die weitergehende europäische Integration einsetzen. Die Integration der westlichen Balkanstaaten in die EU kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, dass die manchmal schmerzhaften Reformen notwendig sind und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt bringen. Es ist die Pflicht politischer Parteien, als Mittler zwischen den Menschen und dem Staat zu fungieren. Es liegt daher in ihrer Verantwortung, die Reformen zu erklären und den Gründungsgedanken und die Werte der EU bei den politisch Verantwortlichen, in der Verwaltung des Staates sowie in der Gesellschaft insgesamt zu verankern. Die

Reformen und die Modernisierung dieser Länder und Gesellschaften sollten auf nationaler Ebene zunächst als Ziel per se angenommen werden – solange dies mit dem normalen Fortschritt einhergeht. Der Beitritt zur EU ist nur ein Katalysator, der Anreize, Know-how usw. liefert.

5.1 Daher sollte die S&D

1. verstärkte Präsenz zeigen, u. a. durch aktive Teilnahme an Konferenzen, öffentlichen und parteilichen Veranstaltungen auf dem Westbalkan, um reformorientierte politische Kräfte sichtbar zu unterstützen;
2. in diesen Ländern und ebenso auf europäischer Ebene im Dialog mit Partnern aus anderen politischen Familien dazu beitragen, auf nationaler Ebene den politischen Konsens über die Frage des EU-Beitritts aufzubauen. Dies wird ungeachtet von Regierungswechseln in diesen Ländern zu nachhaltigen Maßnahmen auf dem Weg zum Beitritt führen;
3. sich stärker bei bestehenden Schwesterparteien in den westlichen Balkanstaaten engagieren, potenzielle neue Partnerparteien in den Ländern ausmachen, in denen die S&D noch keine formellen Partnerschaften gebildet hat¹, und in Ländern, in denen es mehr als eine Schwesterpartei gibt (Montenegro und Serbien), diese zu engerer Zusammenarbeit ermutigen;
4. alle Bemühungen unterstützen, die auf eine bessere Abstimmung zwischen der SPE- Task Force Westlicher Balkan und dem Willy-Brandt-Lenkungsausschuss der S&D abzielen;
5. Unterstützung durch thematische Sachverständige leisten, wo immer dies erforderlich ist und durch gemeinsame Initiativen mit Schwesterparteien; Kontakte zwischen

¹ Die Schwesterparteien der S&D sind: Sozialistische Partei Albaniens (PS), Sozialdemokratische Partei von Bosnien und Herzegowina (SDP BiH), Sozialdemokratische Union Mazedoniens (SDSM), Sozialdemokratische Partei (SDP) und Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) in Montenegro, Demokratische Partei (DS) in Serbien. Im Kosovo gibt es keine Schwesterpartei. Alle diese Parteien sind assoziierte SPE-Mitglieder und Vollmitglieder der Sozialistischen Internationale (SI) mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Union Mazedoniens (SDSM), die bei der SI Beobachterstatus besitzt. Die SDP Montenegros, die DPS Montenegros und die DS Serbiens haben auch an der Konferenz der Progressiven Allianz in Leipzig im Mai 2013 teilgenommen; die SDSM Mazedoniens ist Mitglied im Vorstand der Progressiven Allianz. In Serbien hat die S&D-Fraktion auch Kontakte zur regierenden Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) und zur Sozialdemokratischen Partei Serbiens, die Teil des regierenden von der SNS geführten Wahlbündnisses ist. Im September 2014 hat die Neue Demokratische Partei (NDS) in Serbien die SPE-Mitgliedschaft beantragt und angekündigt, ihren Namen in Sozialdemokratische Partei zu ändern. Sachverständigen aus den westlichen Balkanländern und verschiedenen EU- Mitgliedstaaten aufbauen und verstärken;



VORSCHLÄGE FÜR EINEN STANDPUNKT DER S&D ZU DEN LÄNDERN DES WESTLICHEN BALKANS UND IHRER EUROPÄISCHEN PERSPEKTIVE

6. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft anstreben, besonders in den Ländern, in denen die S&D keine Schwesterpartei besitzt (Kosovo), da die Zivilgesellschaft bei der Beobachtung europäischer und beitriffsbezogener Reformen eine wichtige Rolle spielt;
7. weiterhin die Balkan Leaders' Conference der SPE abhalten und dafür sorgen, dass die Termine mit Zusammenkünften der SPE oder anderen Parteizusammenkünften oder wichtigen Gipfeltreffen auf EU-Ebene (z. B. Tagungen des Europäischen Rates zur wirtschaftspolitischen Steuerung, zur Erweiterung usw.) zusammenfallen;
8. eine zweite Balkan Leaders' Conference pro Jahr einführen, um die Fraktionsvorsitzenden in den nationalen Parlamenten sowie wichtige Parlamentarier zusammenzubringen.